

Konfliktforschung: Politische Gewalt

Einführung

Definitionen

Gewalt: Jeder Versuch, unter Einsatz von physischen oder psychischen Zwangsmitteln den eigenen Willen gegen den Willen anderer Durchzusetzen.

Politische Gewalt: Die *direkte physische Schädigung* von Menschen durch Menschen, die *zu politischen Zwecken* stattfindet, d.h. darauf abzielt von oder für die Gesellschaft getroffene Entscheidungen zu verhindern oder zu erzwingen oder die auf die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zielt und versucht bestehende Leitideen zu verteidigen oder durch neue zu ersetzen, die ausserem im öffentlichen Raum *vor den Augen der Öffentlichkeit* und an die Öffentlichkeit als Unterstützer, Publikum oder Schiedsrichter appellierend stattfindet.

Gewalt gegen Zivilisten: Die absichtliche Verwendung von Gewalt gegen Zivilisten.

Macht: Jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.

Konflikt: Soziale Tatbestände, an denen mindestens zwei Parteien beteiligt sind, die auf Unterschiede in der sozialen Lage und in der Interessenkonstellation der Konfliktparteien beruhen. Auseinandersetzung gilt als Konflikt ab 25 Toten pro Jahr.

Staatlicher Konflikt: Konflikt, bei dem mindestens eine der Parteien eine Regierung ist.

Nicht-staatlicher Konflikt: Konflikt, bei dem keine Seite eine Regierung ist.

Krieg: Organisierte Gewalt im grossen Massstab zwischen polititischen Einheiten, charakterisiert durch die *Intensität der Gewalt*, der *Organisation der Gewalt*, und der *Beteiligungen politischer Einheiten*. Auseinandersetzung gilt als Krieg ab 1000 Toten pro Jahr.

Formell organisierte Gruppe: Eine Nichtregierungsorganisation, deren Beteiligten den Namen ihrer Gruppe veröffentlicht haben.

Informell organisierte Gruppe: Eine Gruppe, die keinen Namen veröffentlicht hat, welche jedoch an Gewaltakten teilnimmt, die im Voraus geplant wurde.

Typen

- Zwischenstaatliche Kriege
- Bürgerkriege
- Regionale gewalttätige Konflikte
- Terrorismus

- Systematische Gewalt gegen die Zivilbevölkerung

Akteure

- Regierung
- Opposition
- Gesellschaftliche Gruppen und Bewegungen
- Extremistische Aussenseiter

Methoden

Friedens- oder Konfliktforschung: Forschung, die sich mit den Ursachen von bewaffneten Konflikten und deren Bewältigung beschäftigt.

Quantitative Konfliktforschung

- Grosse Datensätze
- Länder- und regionenübergreifende Vergleiche
- Statistische Analysemethoden
- Computersimulationen, Umfragen

Qualitative Friedensforschung

- Fallstudien
- Vergleich ausgewählter Fälle
- Ethnographisch, Inhaltsanalysen, Experimente

Daten

Organisation	Website	Datentypen	Ort	Zeitraum	Sonstiges
Uppsala Conflict Data Project	Website	Organisierte Gewalt, Staatliche/Nicht- staatliche Konflikte, Gewalt gegen Zivilisten, Gefecht- stote, Friedensverträge, Externe Unter- stützung von Konfliktparteien	Global	1946-2018	

Organisation	Website	Datentypen	Ort	Zeitraum	Sonstiges
Correlates of War	Website	Zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege, Externalisierte Kriege, Nicht-staatliche Kriege)	Global	1816-2007	Geocodierte Militarisierete Dispute zwischen Staaten
Armed Conflict Location and Event Data Project	Website	Kämpfe, Explosionen, Gewalt gegen Zivilisten, Proteste, Krawalle	Afrika, Süd- und Ostasien, Naher Osten, Europa, Lateinamerika	1997-2019	Geocodierte Daten zu politischer Gewalt und Protesten, Datum, Akteure, Gewalttypen, Ort, Anzahl Tote
Social Conflict Analysis Database	Website	Proteste, Krawalle, regionale Konflikte, Gewalt gegen Zivilisten	Afrika, Mexiko, Zentralamerika, Karibik	1990-2015	Ort, Zeit, Intensität, Akteure, Streitgrund, Reaktion der Reigerung

Was sagen die Daten

- Zunahme von Bürgerkriegen mit Internationaler Beteiligung
- Zwei aktive internationale Konflikte in 2018
- Bei Unterstützung von Drittstaaten kommt es zu grösserer Intensität und Dauer des Konfliktes, die aushandlung von Friedensverträgen wird schwieriger.
- Abnahme von Gefechtstoten seit 2014

Geschichte der Konfliktforschung

- Seit Ende des ersten Weltkriegs

- In der Schweiz beeinflusst von Genf als Standort internationaler Organisationen

Historische Entwicklung

Feudalismus		
Städtebünde	Stadtstaaten	Territorialer Flächenstaat
Die Nation		

Staat: Der Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer Gewaltsamkeit für sich beansprucht.

Feudalismus

Feudalismus: Dezentralisiertes politisches System, das auf persönlichen Verbindungen basiert.

- Ende des Römischen Reichs 476 n. Chr.
- Geopolitische und kulturelle Fragmentierung
- Keine klaren, beständigen Grenzen
- Zersplitterung politischer Herrschaft
- Persönliche politische Herrschaft
- Militärische Streitkräfte im privaten Besitz
- Abhängigkeit durch
 - Gehorsam und Leistungspflichten
 - Abgabe eines Teils der Ernte
 - Frondienste

Papst	Kaiser
Könige	
Lehensmänner	
Bauern	

Städtebünde

- Macht dank Profit durch Handel
- Formen direkter Demokratie und Verfassungen
- Kontrolle des Handels in Nordeuropa
- Land weiterhin unter Feudalherrschaft

Stadtstaaten

- Kleine Territorialstaaten mit eigener Außenpolitik
- Zersplitterte innenpolitische Organisation
- Hierarchie aufgrund adeliger Verwandtschaftsverhältnissen

- Kein Bund, es herrscht gegenseitige Rivalität

Territorialstaaten

- Aufkommen um 1500 n. Chr.
- Flächenstaaten mit zentralisierter und bürokratischer Machtausübung
- Stadtstaaten zu klein und zu schwach gegenüber Territorialstaaten

Frühmodernes Europa

- Abnahme der geopolitischen Spieler
- Monarchen mit absoluter Souveränität
- Abnahme von innenpolitischer Konkurrenz
- Zwischenstaatliche Beziehungen durch Diplomatie und Krieg
- Klar abgegrenzte Gebiete

Westfälischer Frieden

- Ende der Religionskriege (Dreissigjähriger Kriege)
- 1648 Friedensvertrag, basis für moderne internationale Beziehungen
- Souveränitätsprinzip
 - Klare Grenzen
 - Internes Gewaltmonopol
 - Externe Unabhängigkeit

Das europäische Gleichgewicht

- Diplomatie, Allianzen und Rüstungsmassnahmen um zu verhindern, dass ein Staat dominiert
- Friede von Utrecht 1713 führt das Gleichgewichtsprinzip völkerrechtlich ein

Niccolò Machiavelli

Staatsphilosoph, beschreibt im Werk *Il Principe* (Der Fürst):

- Machtpolitik ohne moralische Hürden
- Klar definiertes Territorium
- Staat als politische Herrschaftsorganisation, konzentrierte Machtausübung im Territorium
- Staatserhal als Hauptziel
- Weniger Konflikte im Innern, keine Gewaltbegrenzung in zwischenstaatlichen Beziehungen

Ein Herrscher hat nämlich zweierlei zu fürchten: Einmal die Gefahren im Innern von Seiten seiner Untertanen und ferner die äusseren Gefahren von Seiten fremder Machthaber.

Jean Bodin

- Wichtigste Eigenschaft des Staates ist die Souveränität
- Staat als Ort höchster politischer Entscheidung
- Souveränität kann nur von einer Person ausgeübt werden

Thomas Hobbes

- Herrschaftsvertrag zwischen Volk und Herrscher
- Naturzustand ist ohne Sicherheit
- Herrschaftskontrolle der Gewaltanwendung als Notwendigkeit
- “Leviathan”-Theorie: Volk muss Souverän gehorchen, wenn dieser Frieden gewährleistet

Hugo Grotius

- Naturrechtliche Prinzipien für zwischenstaatliche Regulierung und Gewaltbegrenzung

Verknüpfung von Staaten und Kriegen

Aktivitäten des Staates

- Interne Staatenbildung
- Externe Kriegsführung
- Schutz
- Besteuerung
- Direkte Herrschaft

Wie Kriege Staaten schaffen und umgekehrt

- Zunahme zwischenstaatlicher Kriege seit Mittelalter
 - Aber Abnahme von Kriegen mit Grossmächten
 - Krieg findet statt weil Macht funktioniert
 - Krieg braucht Ressourcen welche durch Steuern aufgetrieben werden
1. **Grössere Kriege**
 2. Einsatz und Reichweite gesteigert
 3. Schwächere Staaten halten nicht mehr mit
 4. Verlierer werden absorbiert
 5. **Grössere Staaten**
 6. Grösseres Territorium
 7. Mehr Ressourcen
 8. Grösseres Heer
 9. Grössere Effektivität
 10. **Grössere Kriege**

Kriegsverursachende Faktoren

- Selektion: Schwächere Einheiten wurden absorbiert
- Imitation: Rüstungswettkampf, Imitation von erfolgreichen kriegsführenden Staaten
- Territoriale Ziele statt Familienansprüche
- Schneeballeffekt durch die Reduktion der Anzahl Staaten

Alternative Erklärungen für Staatsformation

- Wirtschaftliche Faktoren: Handel, Urbanisierung
- Wirtschaftliche Entwicklung und Expansion

Kriegsführung

Mittelalter

- Unkoordiniert
- Persönlich

Militärische Revolution

- Söldner
- Feuerwaffen
- Fortifikation

Neuzeit

- Funktionelle Spezialisierung
- Permanente Streitkräfte
- Grössere Armeen

Nationalismus

Historische Entwicklung

- Nach Absolutismus bildete sich die Idee der nationalen Selbstbestimmung
- Napoleonische Kriege vermittelten liberale Ideen der französischen Revolution, stellten Monarchie in Europa in Frage
- Entstehung eines nationalen Bewusstseins
- Wiener Kongress 1815 mit dem Ziel, den Nationalismus einzudämmen und neue Nationalstaaten zu verhindern
- Vereinigung Italiens und Deutschlands folgte

Definitionen

Nation: Gefühlsmässige Gemeinschaft, deren adäquater Ausdruck ein eigener Staat wäre, die normalerweise die Tendenz hat, einen solchen aus sich hervorzutreiben.

Nationalismus: Politisches Prinzip, das aussagt, dass die politischen und nationalen Einheiten kongruent sein sollen.

Nationalismus als Ideologie

- Verlangt Selbstbestimmung
- Souveränität geht vom Volk aus
- Gruppenzugehörigkeit
- Wichtiges Prinzip der politischen Legitimität

Typen von Nationalismus

Einigungsnationalismus: Führt zu Vereinigung von Staaten.

Separatistischer Nationalismus: Führt zum Zerfall von Staaten, verursacht durch Staats-zu-Nations-Defizit (Mehr Nationen als Staaten).

Staatsgeführter Nationalismus: Nation entwickelt sich innerhalb von Staatsgrenzen, verursacht durch Staats-zu-Nations-Überschuss (Mehr Staaten als Nationen).

Neue Kriegsführung

- Macht geht vom Volk aus
- Nicht nur strategische Gewinne, sondern auch Unterwerfung gegnerischen Nationen als Ziel
- Neue Form von Wehrpflicht, das gesamte Volk ist wehrpflichtig
- Erster Weltkrieg als Spätzünder der französischen Revolution
- Zweiter Weltkrieg als aggressive Form des Nationalismus
- Kalter Krieg als Ende des Nationalismus
- Dekolonialisierung durch nationalistische Bewegungen in unabhängigen Staaten
- Ende des kalten Krieges und Aufkommen neuer nationalistischer Bewegungen

Anarchie zwischen den Staaten

Sicherheitsdilemma: Es existiert keine höhere rechtliche Instanz, die Gewalttaten und Verbrechen bestrafen kann, was Staaten unsicher macht und zu Aufrüstung führt.

- Ungewissheit über Absichten anderer Staaten
- Streben nach Sicherheit führt dazu, dass Staaten mehr Macht akkumulieren, was wiederum andere Staaten unsicher macht

Klassischer Realismus

- Kriegszustand als Naturzustand
- Keine Sicherheitsgarantie im Naturzustand

- Überleben dank Stärke
- Balance of Power

Neorealismus

- Keine den Staaten übergeordnete Ordnungsmacht
- Staaten als einheitliche rationale Akteure, die an Sicherheit und Überleben interessiert sind, Machtakкумуляtion erhöht die Sicherheit
- Unsicherheit, was die Absichten anderer Staaten angeht
- Erklärung für allgemeinen Kriegszustand

Balance of Power

- Kriege entstehen durch Machtungleichheiten
- Frieden am wahrscheinlichsten im Machtgleichgewicht

Hegemoniale Theorien

- Dominanz eines Hegemons sorgt für Stabilität, garantiert Frieden
- Kriegsgefahr nimmt bei Angleichung der Machtverhältnisse zu

Libérale Kritik

- In wiederholten Spielen führen kooperative Strategien zur Überwindung des Gefangenendilemmas
- Vertrauen kann eine nicht-hierarchische Gruppe friedlich halten
- Lernen aus Kriegsdesastern
- Formen von Sicherheitsgemeinschaften

Demokratischer Frieden

- Krieg als Reaktion auf innere Unruhen
- Krieg als Ergebnis der Wirtschaftsstruktur
- Es gab fast nie Krieg zwischen Demokratien

Strukturelle Erklärung

- Akteure passen ihr Verhalten den äusseren Strukturen und den daraus entstehenden Kosten und Nutzen an
- Demokratische Institutionen erschweren es Entscheidungsträgern, die Bevölkerung in den Krieg zu führen

Normative Erklärung

- Das Verhalten von Akteuren wird von bestimmten Normen und Werhaltungen beeinflusst
- Demokratische Normen führen zu Verhaltensänderung auf internationaler Ebene

- Prinzipien friedlicher Konfliktbewältigung machen Demokratien auch auf internationaler Ebene weniger aggressiv

Kritik

- Empirische Abweichungen
- Wenn demokratische Institutionen den Krieg erschweren, müssten Demokratien generell friedfertiger sein
- Auch demokratische Normen müssten zu generell friedlicherem Verhalten führen
- Definition von Demokratie ist entscheidend
- Frage der Kriegsdefinition
- Frieden unter Demokratien schliesst Krieg gegen Autokratien nicht aus
- Der Demokratische Frieden gilt nicht für Bürgerkriege
- Demokratien sind möglicherweise anfälliger für Terrorismus

Ewiger Frieden nach Kant

- Die Gründung einzelner Republiken führt zur Gründung weiterer Republiken
- Der Zusammenschluss einzelner Republiken in einem Friedensbund führt zu einem Schneeball-Effekt
- Neuordnung des internationalen Systems
- Faktoren der Friedensförderung
 - Staatsbürgerrecht (Republikanische Verfassung)
 - Völkerrecht (Verband der Republiken)
 - Weltbürgerrecht (Allgemeine Gastfreundschaft)

Kritik am ewigen Frieden nach Kant

- Kant geht kaum auf die Herkunft republikanischer Staaten ein
- Unterschätzt Verbindung zwischen Nationalismus und Krieg
- Theorie sagt nichts über Bürgerkriege aus
- Der ewige Frieden wird oft als allgemeingültiges Kausalgesetz missverstanden
- Kern von Kants Vorhersage: Ein langfristiger Lernprozess mit Raum für Rückschläge

Bürgerkriege

Bürgerkrieg: Konflikt zwischen Regierung und einem nichtstaatlichen Herausforderer.

Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung: Mindestens eine Seite wird von Truppen eines Drittstaates unterstützt.

Konventionelle Bürgerkriege: Etwa gleich stark bewaffnete Opponenten.

Irreguläre Bürgerkriege: Staatsarmee gegen weniger bewaffnete Rebellen.

Inkompatibilität

Regierungskonflikt oder Territorialkonflikt

Regierungskonflikt: Kontrolle über Staatsregierung, Streit über das politische System.

Territorialkonflikt: Kontrolle über ein bestimmtes Territorium.

Ethnisch oder Ideologisch

Ethnische Konflikte: Zwischen mehreren ethnischen Gruppen.

Ideologische Konflikte: Unterschiedliche politische Ideologien.

Phasen

Ausbruch

- Gier
 - Individuen wollen Nutzen maximieren
 - Materialistischer Ansatz
 - Kriege brechen aus, wo die Kosten Krieg zu führen tief sind
 - * Armut
 - * Handel und Plünderung natürlicher Ressourcen
- Opportunismus
 - Politische und institutionelle Faktoren
 - Krieg bricht eher in schwachen Staaten aus
- Unzufriedenheit
 - Fokus auf Ungleichheiten in Gruppen
 - Krieg wegen Ungleichheit
- Oft spielen mehrere Faktoren gleichzeitig eine Rolle
- Auch internationale Faktoren beeinflussen Bürgerkriege
 - Ethnische Verwandte in Nachbarländern
 - Mobile Rebellen
 - Demonstrationseffekte
 - Flüchtlinge

Prozesse während des Krieges

- Unterschiedliche Dauer
- Hohe Kosten, welche in Kauf genommen werden
 - Menschliches Leid
 - Verlust and handel und Investitionen
 - Flüchtlingsströme
 - 14 Jahre bis zum Einholen der verlorenen Entwicklung

Nach dem Krieg

- Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- Je nach Ansatz:
 - Reduktion von Ungleichheiten
 - Politische Konzessionen
 - Schnelle wirtschaftliche Entwicklung fördern
 - Krieg soll finanziell unattraktiv werden
 - Kapazität des Staates stärken

Systematische Gewalt gegen Zivilisten

Systematische Gewalt gegen Zivilisten: Vorsätzliche Anwendung von Gewalt durch die Regierung eines Staates oder einer formell organisierten Gruppe gegen Zivilisten, mit mindestens 25 Toten in einem Jahr.

Zivilisten: Unbewaffnete Leute, die nicht aktive Mitglieder von Sicherheitskräften des Staates, oder Mitglieder einer organisierten Miliz oder Oppositionsgruppe sind. Regierungsvertreter, z.B. Mitglieder des Parlaments, Gouverneure oder Räte, zählen nicht als Zivilisten, sondern als Regierungsvertreter.